

Gleichzeitig verbesserte sich die Wohnsituation der Bevölkerung. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in den Städten erhöhte sich von 3,6 m<sup>2</sup> auf 8 m<sup>2</sup> und in den ländlichen Gebieten von 8,1 m<sup>2</sup> auf 19 m<sup>2</sup>.

In seiner Eröffnungsrede ging Li Tieying außerdem auf die Erfahrungen Chinas im Verlauf der Umstrukturierung des Wirtschaftssystems, auf den ordnungspolitischen Rahmen der sozialistischen Marktwirtschaft sowie auf die Anfang 1994 begonnenen weiteren Reformschritte ein. (*Renmin Ribao*, 12.5.94, S.5; SWB FE/D1998/CNS 160594) -schü-

\*(30)

### Konsumenten besser geschützt

In den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb (siehe hierzu auch das Dokument "Gesetze der Volksrepublik China gegen unlauteren Wettbewerb" in diesem Heft) sollen nach einem Bericht der Verbrauchervereinigung (China Consumer Association = CCA) mehr als 73.500 Beschwerden unzufriedener Konsumenten eingegangen sein.

Nach Einschätzung der CCA zeige die hohe Zahl der Beschwerden, daß sich das Bewußtsein der Verbraucher verändert habe und sie kritischer gegenüber minderwertigen Produkten geworden seien. Der überwiegende Teil der Beschwerden sei zu Gunsten der Verbraucher verhandelt worden, denen eine Kompensation von insgesamt 32 Mio. Yuan als Entschädigung gezahlt wurde. (SCMP, 6.5.94) -schü-

---

## Taiwan

---

\*(31)

### Offizielle Besuche Li Denghuis in Nicaragua, Costa Rica, Südafrika und Swasiland

Vom 4.-16.Mai besuchte Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) vier Staaten: Nicaragua, Costa Rica, Südafrika und Swasiland. Es war die erste offizielle Auslandsreise eines Präsidenten der Republik China seit 17 Jahren. Zur Zeit unterhält Taiwan nur noch mit 29

Staaten volle diplomatische Beziehungen, davon sind 16 in Lateinamerika (Belize, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, El Salvador, Grenada, Guatemala, Haiti, Honduras, Nicaragua, Panama, Paraguay, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Uruguay), acht in Afrika (Burkina Faso, Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland, Zentralafrikanische Republik), vier im südpazifischen Raum (Nauru, Salomonen, Tonga, Tuvalu) und eine in Europa (Vatikanstadt). Lateinamerika und Afrika sind also die letzten wichtigen Stützpunkte Taiwans im "diplomatischen Kampf" mit Beijing. Während Beijing nach wie vor bei seinem Anspruch auf die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans beharrt, befürwortet Taiwan seit Ende der 80er Jahre unter dem Motto "flexible Diplomatie" und "pragmatische Diplomatie" eine "Doppelanerkennung", d.h. Anerkennung zweier chinesischer Regierungen. Durch großzügige Wirtschaftshilfen kann Taiwan vor allem die armen und kleinen lateinamerikanischen und afrikanischen Länder halten oder gewinnen. Seit 1984 hat es an diese Staaten Kredite in Höhe von insgesamt 72 Mio.US\$ vergeben. (*Taiwan aktuell*, München, 19.5.94)

Beim Zusammentreffen mit Präsidentin Violeta Chamorro am 5.Mai in Managua hat Li Denghui Nicaragua die Rückzahlung eines alten Darlehens aus den 80er Jahren einschließlich Zinsen in Höhe von 22 Mio.US\$ zu 75% erlassen. Darüber hinaus erhält Nicaragua von Taiwan einen neuen Kredit von 30 Mio.US\$ zur Förderung der Landwirtschaft. (CP, 7.5.94; ZYRB, 8.5.94)

In Costa Rica nahm Li Denghui am 8.Mai an den Feierlichkeiten der Amtseinführung des neuen Präsidenten José Maria Figueres teil. Einer Meldung der englischsprachigen Zeitung von Taiwan *China Post* (9.5.94) zufolge hat Li Costa Rica eine Finanzhilfe von 15 Mio.US\$ zugesagt. Ein Abkommen über die Zusammenarbeit beider Seiten bei der Forschung auf dem Gebiet der traditionellen Medizin wurde abgeschlossen. (FCJ, 13.5.94) Ferner will Taiwan dem mittelamerikanischen Staat beim Bau neuer Häfen und Autostraßen sowie bei der Förderung von Familienbetrieben in der arbeitsintensiven Industrie und von kleinen und mittleren Bauernhöfen helfen.

Höhepunkt der diplomatischen Tour Lis war sein Besuch in Südafrika. Dort nahm er am 9.Mai an den Feierlichkeiten zur Amtseinführung des ersten farbigen Präsidenten, Nelson Mandela, teil. Unter den o.g. 29 Staaten, die volle diplomatische Beziehungen zur Republik China auf Taiwan unterhalten, hat nur Südafrika noch eine größere Bedeutung in der Weltpolitik. Da die VR China Mandelas Partei ANC (African National Congress) in deren Kampf gegen die Apartheidpolitik der weißen Regierung in der Vergangenheit stets unterstützt hat, ist eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Pretoria und Beijing allgemein zu erwarten.

Auf der anderen Seite gibt es zur Zeit rd. 300 taiwanische Unternehmen mit 40.000 Arbeitsplätzen in Südafrika. Südafrikas Handelsvolumen mit Taiwan (im letzten Jahr 1,9 Mrd.US\$) ist doppelt so hoch wie das mit der VR China. Im Hinblick auf das Wirtschaftsinteresse will die neue Regierung in Pretoria, wie Mandela vor kurzem bei seinem Besuch in Taiwan angedeutet hat, diplomatische Beziehungen zu beiden chinesischen Seiten unterhalten. Allerdings lehnt Beijing bislang eine "Doppelanerkennung" Chinas strikt ab. (FCJ, 20.5.94; CP, 13.5.94)

In Pretoria führte Li am 11.Mai ein geheimes Gespräch mit dem Präsidenten von Uganda, Yoweri Museveni. Uganda hat nicht mit Taiwan, sondern mit Beijing diplomatische Beziehungen.

Vom 12.-14.Mai stattete Li Swasiland einen Staatsbesuch ab. Taiwan unterhält in dem afrikanischen Königreich zwei technische Korps zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Handwerks.

Auf seiner Rückreise von Afrika nach Taiwan machte Li Zwischenlandung in Singapur. Zeitungsmeldungen zufolge soll der Ministerpräsident des Stadtstaates, Goh Chok Tong, den hohen Gast aus Taiwan "heimlich" im Flughafen begrüßt und ein Gespräch von 30-40 Minuten Dauer geführt haben.

Beim Hinflug von Taiwan nach Nicaragua hatte Washington der Delegation Lis lediglich erlaubt, daß das Flugzeug in Hawaii "aufgetankt" wurde. Singapur und die USA haben diplomatische Beziehungen mit Beijing. (LHB und CP, 6. und 17.5.94) -ni-

\*(32)

**Erste Konsequenzen aus Waffenskan-  
dalen bei der Marine**

Am 10. Dezember des vorigen Jahres wurde der Kapitän zur See der taiwanesischen Marine, Yin Qingfeng (Yin Ch'ing-feng), der für den Erwerb von Kriegsschiffen aus Europa zuständig war, tot im Meer an der nordöstlichen Küste Taiwans aufgefunden. Zunächst bezeichnete das Hauptquartier der Marine den Tod als Selbstmord. Nach der Autopsie wurde später festgestellt, daß der Kapitän ermordet worden war. Bei weiteren Ermittlungen wurden zahlreiche hohe Offiziere sowie Waffenhändler verhaftet, die entweder im Verdacht einer Beteiligung an der Ermordung Yins oder an Bestechungen bei den Käufen von Kriegsschiffen aus Frankreich, Italien sowie der Bundesrepublik Deutschland stehen. Yin soll, so heißt es, ermordet worden sein, weil er nicht in das schmutzige Unternehmen habe einsteigen wollen. Außerdem hatte man ihn auch in Verdacht, daß er die Skandale aufdecken würde. Bislang ist der Mordfall mangels konkreten Nachweises immer noch nicht geklärt. Auf der anderen Seite wurden eine Menge geheimer Dokumente der Marine hinsichtlich der Waffengeschäfte in den Büros der Waffenhändler gefunden. Diese haben den Ermittlungsbeamten die Bestechungen gestanden.

Als erste Personalkonsequenz aus den Affären wurde der Oberbefehlshaber der Marine, Admiral Zhuang Mingyao (Chuang Ming-yao), am 16. April - zwei Wochen vor dem Ende seiner zweijährigen Amtsperiode - durch Admiral Gu Chonglian (Ku Chung-lien) abgelöst. Zugleich mußte auch Vizeadmiral Zhang Zhenya (Chang Chen-ya) sein Amt als Direktor der Politabteilung der Marine an Konteradmiral Sun Jinzhong (Sun Chin-chung) abgeben. Darüber hinaus bereitet das Verteidigungsministerium vor, 24 Offizieren, darunter ein Admiral, sieben Vizeadmirale (zwei a.D.), sieben Konteradmirale (einer a.D.) und acht Kapitäne zur See, wegen der Skandale Disziplinarstrafen aufzuerlegen. Die endgültige Entscheidung wird erst nach dem Urteil des Militärgerichts über die Affären fallen. (LHB und CP, 16.4.94; FCJ, 22.4.94; ZZ, 22.4.94; XXW, 24.30.4.94) Am 22. April hat die Staatsanwaltschaft gegen sieben Waffenhändler wegen des Besitzes und Ver-

rats geheimer Dokumente der Streitkräfte Anklage vor einem Zivilgericht erhoben. Es geht das Gerücht, daß Yin von der Untergrundorganisation Qingbang (Grüne Gilde) ermordet worden sei. Einer offiziellen Ermittlung zufolge sind 145 Angehörige der Streitkräfte verdächtigt, Mitglieder geheimer Bünde zu sein. Davon sollen 41 Angehörige der Marine zur Grünen Gilde gehören; aber nur 16 von ihnen haben dies zugegeben. (ZZ, 29.4.94) -ni-

\*(33)

**6. Parteitag der größten Oppositions-  
partei DPP**

Am 30. April und 1. Mai fand der 6. Parteitag der größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) in Taipei statt. Am ersten Tag wurde das Zentrale Exekutivkomitee (ZEK) gewählt. Von den 31 neuen ZEK-Mitgliedern gehören 13 zur Gruppe Meilidao (Schöne Insel oder Formosa), sechs zur Gruppe Xinchao-liu (Neue Strömung), vier zur Gruppe Fuliguo Lianxian (Allianz für den Wohlfahrtsstaat), drei zur Gruppe Zhengyi Lianxian (Allianz für Gerechtigkeit), zwei zur Gruppe Taidu Lianmeng (Allianz für taiwanische Unabhängigkeit), eines zur Gruppe Gongtouhui (Gesellschaft für Plebiszit), und zwei sind neutral. Sensationell war, daß die Führer der Gruppen Taidu Lianmeng und Gongtouhui, Zhang Canhong (George Chang) und Cai Tongrong (Trong Chai), nicht ins ZEK gewählt wurden und somit auch ihre Qualifikation für die Kandidatur zur Wahl des Parteivorsitzenden nicht erreichen konnten.

Die Meilidao bleibt zwar nach wie vor die stärkste Gruppe im ZEK, aber sie mußte bei der Wahl des Parteivorsitzenden eine Schlappe hinnehmen. Ursprünglich hatte sie Cai Tongrong unterstützt. Nach dem Scheitern von Cais Kandidatur schickte sie ein eigenes Mitglied, Frau Yu-Chen Yueying (Yu-Ch'en Yueh-ying), kurzfristig ins Rennen. Sie konnte bei der Wahl am 1. Mai 145 Stimmen der Parteitagsdelegierten auf sich vereinigen; der amtierende Parteivorsitzende Shi Mingde (Shih Ming-teh) als Gegenkandidat bekam 206 Stimmen. Im neuen Ständigen Ausschuss des ZEK zählen vier der insgesamt elf Mitglieder zur Meilidao-, drei zur Fuliguo Lianxian-, zwei zur

Xinchao-liu- und jeweils eins zur Taidu Lianmeng- und Zhengyi Lianxian-Gruppe. (ZZ, 6.5.94; LHB, 1.-2.5.94)

Shi Mingde (53), der früher als politischer Dissident 25 Jahre im Gefängnis war, hat Ende November des vergangenen Jahres den Vorsitz der Partei von Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang) übernommen, der in Verantwortung für die Niederlage der DDP bei den lokalen Wahlen auf Kreisebene zurückgetreten war. Bei der neuen Wahl wurde Shi neben der Fuliguo Lianxian-Gruppe, zu der Shi gehört, von Anfang an auch von der Gruppe Xinchao-liu unterstützt. Nach dem o.g. Scheitern der Kandidatur von Zhang und Cai infolge der ZEK-Wahl haben die meisten Delegierten der Gruppen Taidu Lianmeng sowie Gongtouhui offenbar ihre Stimmen Shi gegeben.

Im Unterschied zur Regierungspartei Kuomintang (Guomindang) befürwortet die DPP allgemein die Unabhängigkeit Taiwans, d.h. Verzicht auf die Politik der Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland. Jedoch vertreten die Gruppen Taidu Lianmeng und Xinchao-liu einen radikalen Kurs, während die Meilidao-Gruppe einen behutsamen Weg einschlägt. Zwischen beiden Lagern stehen die anderen Gruppen Fuliguo, Zhengyi Lianxian und Gongtouhui. Nach seinem Wahlsieg versicherte der alte und neue Vorsitzende Shi, daß die DDP das Ziel der Gründung eines unabhängigen Staates Taiwan nur durch friedliche, demokratische und legale Maßnahmen erreichen wolle. Aber es ist für ihn keine leichte Aufgabe, die Gegensätze der unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der Partei auszugleichen. -ni-

\*(34)

**"Neue Allianz" durch konservative  
Kräfte gegründet**

Am 8. Mai wurde in Taipei eine neue politische Organisation "Xin Tongmenghui" (Neue Allianz) gegründet. An der Gründungsfeier nahmen rund 1.000 Personen teil. Sie sind überwiegend Angehörige der sog. "Feizhuliu"- (Nicht-hauptströmungs-) Gruppe der Regierungspartei Kuomintang, die sich dem Reformkurs der "Zhuliu"- (Hauptströmungs-) Gruppe unter der Führung des Parteivorsitzenden Li Denghui (Lee Teng-hui) widersetzt. Bei der

Gründungsfeier anwesend waren auch die führenden Politiker der CNP (Chinesische New Party), einer Splitterpartei der Kuomintang. Die Neue Allianz wurde von ihren Gründern als eine überparteiliche Organisation bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich dabei um eine Vereinigung der Kräfte gegen die "Hauptströmung" der Regierungspartei.

Die Mitglieder der Neuen Allianz sind meistens "Festländer", d.h. vom chinesischen Festland stammende Personen. Sie sind seit einigen Jahren immer mehr sowohl aus dem Machtzentrum der Regierungspartei als auch aus der Regierung verdrängt worden. Darüber hinaus befürchten sie auch, daß die gegenwärtige politische Reform der Partei zur Konzentration der politischen Macht auf die Person Li Denghui und zur Unabhängigkeit Taiwans, d.h. Aufgabe der Wiedervereinigung Chinas, führt. Auf der Interimsplenarsitzung des Zentralen Exekutivkomitees der Kuomintang am 23. und 24. April hat die Hauptströmungsgruppe die Verabschiedung eines neuen Verfassungsentwurfs zur Direktwahl des Staatspräsidenten und zur Einschränkung der Gegenzeichnungsbefugnisse des Ministerpräsidenten gegenüber dem Staatspräsidenten durchgesetzt. Mit der Gründung der Neuen Allianz will die Gruppe der Nichthauptströmung offenbar alle Kräfte mobilisieren, um die bevorstehende Verfassungsänderung noch in der Nationalversammlung zu verhindern. In der Gründungsdeklaration heißt es, daß das Ziel der Neuen Allianz sei, die staatliche Vereinigung zu verfolgen und sich einer Spaltung des Staates zu widersetzen. Ferner sei sie für demokratische Reform und Wohlstand für alle, gegen Diktatur und Korruption. (ZYRB, 10.5.94)

Zum Vorsitzenden der Neuen Allianz wurde Xu Linong (Hsu Li-nung) gewählt. Er war Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Exekutivkomitees der Kuomintang und Vorsitzender des Komitees für die Berufstätigkeit von Veteranen. Vor kurzem hat er die Kuomintang verlassen und ist in die CNP eingetreten. Zahlreiche prominente Seniorpolitiker - wie der zweite Sohn von Jiang Jieshi (Chiang Kai-shek), Jiang Weiguo (Wego Chiang), die früheren Ministerpräsidenten Hao Bocun (Hau Pei-tsun) und Li Huan (Lee Huan) - wurden zu Beratern der neuen politischen Organisation ernannt. Hao ist zur Zeit noch Stellvertretender Vorsitzender der Kuomin-

tang und Li Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Exekutivkomitees derselben Partei. Die Neue Allianz will, so scheint es, sich nicht offen von der Kuomintang trennen. Mit ihrem Namen "Xin Tongmenghui" betrachtet sie sich eher als die echte Nachfolgerin der früheren "Tongmenghui", der Vorgängerin der Guomindang. Auch fast alle führenden Politiker der Kuomintang, einschließlich des Vizestaatspräsidenten Li Yuanqu (Li Yuan-zu) und des Generalsekretärs der Partei Xu Shuide (Hsu Shui-teh), haben zur Gründung der neuen politischen Gruppierung mit Blumen oder Glückwünschen gratuliert. Staatspräsident und Parteivorsitzender Li Denghui befand sich gerade auf einer Auslandsreise. (LHB und CP, 9.5.94; XXW, 8.-14.5.94; *Freies Asien*, Bonn, 27.5.94) -ni-

---

## Hongkong und Macau

---

\*(35)

### Beijing bereitet die Übernahme von Hongkong vor

Der Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat, Lu Ping, hielt sich vom 1. bis 9. Mai in Hongkong auf. Die britische Kolonie wird am 1. Juli 1997 an China zurückgegeben. Lu, der auch stellvertretender Direktor und Generalsekretär des Vorarbeitsausschusses für das geplante Beijinger Vorbereitungs-komitee zur Übernahme der britischen Kolonie ist, nahm am 2. Mai an den Feierlichkeiten zur Mitausgabe von Hongkong-Dollars durch das zur VR China gehörende Geldinstitut Bank of China in Hongkong teil. Zugleich hielten die Gruppen für Politik und Wirtschaft des genannten Vorarbeitsausschusses zum erstenmal Sitzungen in Hongkong ab (2.-3. bzw. 4.-5. Mai). Vor der Ankunft Lus in Hongkong hat China 200 Beijing nahestehende Persönlichkeiten aus Hongkong eingeladen, militärische Übungen einer Einheit der chinesischen VBA in Kanton zu besichtigen, die nach der Wende 1997 in Hongkong stationiert werden soll.

Zur Zeit herrscht zwischen Beijing und Hongkong eine gespannte Atmosphäre infolge Gouverneur Chris Pattens poli-

tischer Reformen zur Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong vor der Übergabe 1997. Da die britische Kolonialregierung Kontakte ihrer Beamten zu den Gruppen des Vorarbeitsausschusses aus Beijing untersagte, wollte Lu seinerseits auch nicht den Gouverneur aufsuchen. Er sagte, Hongkong sei vor allem eine wirtschaftlich und nicht wegen ihrer Politik bedeutende Stadt. Er warnte davor, über die Hongkongfrage die chinesische Politik beeinflussen zu wollen. Dies würde zu einer Katastrophe für Hongkong führen. (DGB, 1.-11.5.94; FEER, 19.5.94)

Einer Meinungsumfrage der englischsprachigen Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* zufolge, die zwischen dem 4. und 7. Mai durchgeführt wurde, hat bei 36% der Einwohner Hongkongs das Vertrauen in Beijings Fähigkeit für die Übernahme der Kolonie abgenommen, und nur 19% haben Vertrauen hinzugewonnen. Bei 36% der Befragten ist Lu Pings Ansehen gesunken und bei nur 6,5% gestiegen. Insgesamt wurden 400 Bürger im Alter zwischen 18 und 64 Jahren befragt, die einheimischen Dialekt sprechen. (SCMP, 9.5.94)

\*(36)

### Zahl der Emigrationsanträge in Hongkong drastisch gesunken

Regierungsangaben zufolge sind im letzten Jahr rd. 53.000 Personen von Hongkong ausgewandert, 13.000 weniger als 1992. Die Statistiken stützen sich auf die Zahl der Emigrationsanträge, die von ausländischen Konsulaten in Hongkong genehmigt wurden. Der deutliche Rückgang der Emigranten-zahlen kurz vor der Übergabe der britischen Kolonie an China 1997 ist - so heißt es - auf die schlechte wirtschaftliche Lage in den Staaten zurückzuführen, die als Auswanderungszielorte für die Hongkonger in Frage kommen. (AWSJ und XNA, 24.5.94) Hinzukommt eine gute konjunkturelle Lage in Hongkong. Im 1. Quartal d.J. hatte das Bruttoinlandsprodukt Hongkongs einen Zuwachs von zwischen 5% und 5,5% zu verzeichnen, und die Inflationsrate ist im Vergleich zum vorherigen Quartal von 8,7% auf 7,3% gefallen. Für das ganze Jahr 1994 erwartet die Regierung nach wie vor ein wirtschaftliches Wachstum von 5,5% und eine Inflation von 8,5% wie im Vorjahr. (AWSJ, 30.5.94) -ni-